Preis 15 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an Sonn- u. Feiertagen. **Bezugspreis,** im voraus zahlbar: Monatlich **2 ℳ** (einschl. **47 ₰** Zustellungsgebühr), wöchentlich **50 ₰** (einschl. **11 ₰** Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **45 ₰.** Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernsprecher: Sammel-Nr. 35 17 01, Nachtruf **(ab 16.30 Uhr)** 35 23 21, 35 35 03. Verantwortl. Redakteur: **J. Richter, Altona.** — Druck und Verlag: Auer & Co., Fehlandstraße 11, I. Fernsprecher: Sammel-Nummer 35 18 31, Nachtruf **(ab 16.30 Uhr)** 35 36 83. Buchhandlung: Kaiser-Wilhelm-Straße 14/16, Fernspr.: 35 43 73, 35 53 39.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 13gespaltene Nonpareillezeile **45 ₰. Private Familienanzeigen 30 ₰. Stellenangebote 35 ₰. Stellengesuche 25 ₰. Bäderanzeigen 30 ₰. Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen, die Zeile **30 ₰,** 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35 ₰. Reklamezeile 3,50 ℳ.** Anzeigen müssen im voraus od. sof. bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochparterre, Fernsprecher: Sammel-Nummer 35 17 01. **Von 16.30 Uhr bis 18 Uhr** 35 24 61 in den Filialen und in allen anerkannten Anzeigen-Annahmestellen. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 152 — **Sonnabend, 25. Juni 1932** — **58. Jahrgang**

Bayern lehnt Aufhebung des Uniformverbots ab!

Erklärung des Ministerpräsidenten Held / Einstimmige Billigung des Landtags
Appell an den Reichspräsidenten / Eine amtliche Verwarnung an die Nazis

Soll Deutschland dem Blutrausch verfallen?

Die Zustände in Deutschland spitzen sich immer mehr zu. Kein Tag vergeht mehr, an dem der Draht nicht mehrere Tote und Schwerverletzte als Opfer der Mordhetze und des immer dreister auftretenden Naziterrors meldet. Seit die neue Reichsregierung im Amt ist und die Aufhebung des SA.-Verbots verfügt hat, ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Reiche in einem Maße gefährdet worden, wie nie zuvor. Ungehindert tobt sich die Bürgerkriegshetze der Nazis aus. Ungehindert dürfen Herr Goebbels und andere führende Nazis allerschwerste Morddrohungen ausstoßen. Eine Schlammflut von Beschimpfungen gegen leitende preußische und süddeutsche Beamte ergießt sich aus der nationalsozialistischen Presse. Im Vertrauen auf Rückhalt bei der Reichsregierung und auf die durch die politische Notverordnung geschaffene Pressefreiheit, wie sie sie auffassen, werden die ungeheuerlichsten, aus den Fingern gesogenen diffamierenden Vorwürfe gegen die Beamten veröffentlicht. Der Zweck der Verleumdungen ist, die Staatsautorität zu zerstören, damit der Terror der Hitlerschen Bürgerkriegsbanden freie Bahn hat. Auf der andern Seite leisten die Kommunisten durch eine geradezu wahnsinnige Taktik dem Nazitreiben und den Nazipläne offen Vorschub.

Der Reichspräsident hat beim Erlaß der politischen Notverordnung, zu der ihn das Kabinett der Barone auf Grund der Abmachungen mit Hitler veranlaßt hat, einen nachdrücklichen Warnungsbrief an den Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gayl, gerichtet und veröffentlichen lassen. In diesem Brief spricht er die Erwartung aus, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde.

Die tatsächliche Entwicklung der letzten Tage zeigt, daß die Erwartungen des Reichspräsidenten in schwerster Weise enttäuscht worden sind. Vom politischen Meinungskampf ist keine Rede mehr. Eine Partei, die den Terror will, fordert offen zu Mord und Blutvergießen auf und schickt ihre Leute uniformiert zum Blutvergießen auf die Straße. Da ist keine Rede davon, daß es sich um Notwehr, um einzelne Uebergriffe handelt! Der Wille zum Bürgerkrieg geht von den nationalsozialistischen Führern aus.

Die Rede, die der Reichspropagandaleiter der NSDAP., Goebbels, am Donnerstag in Berlin gehalten hat, stellt das Dreisteste an Aufforderung zu Mord und Bürgerkriegsdrohungen dar, was sich die nationalsozialistischen Provokateure bisher geleistet haben. Dieser Mann hat davon gesprochen, daß „wenn einem der nationalsozialistischen Führer ein Haar gekrümmt werde, sie eine Rache nehmen würden, die die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat". Das sagte am Vorabend des zehnjährigen Gedenktages der Ermordung Rathenaus der Führer einer Partei, die von jeher offen dem Terror gehuldigt und ihn angewandt hat!

Dieser Goebbels hat die süddeutschen Länderregierungen auf das Unglaublichste beschimpft, er hat sie „Pack und separatistische Kanaille" genannt. Die mit Herrn Hitler verbündete Reichsregierung schweigt dazu.

Dieser Goebbels hat in der gleichen Rede offene Mordbrohungen gegen die Mitglieder der Regierung Brüning ausgestoßen. Die Reichsregierung, die mit Herrn Hitler verbündet ist, schweigt dazu. Sie unternimmt nichts, um ihre Vorgänger im Amt zu schützen gegen wahnwitzige Provokateure, die heute noch dreister zum Mord hetzen als es seinerzeit gegen Rathenau geschehen ist!

Dieser Bürgerkriegshetze entspricht der Ton der nationalsozialistischen Presse. Terrorhetze und Verleumdung, Provokation und dreisteste Lüge, Aufpeitschung aller Haß- und Blutinstinkte — das ist der Inhalt des Völkischen Beobachters, des Angriffs und der übrigen nationalsozialistischen Presse. Ungestraft und ungehemmt hat der Berliner Angriff seine Anhänger aufgehetzt, die Zeitungsgebäude der namentlich bezeichneten Berliner Linksblätter zu stürmen.

Wir fragen die Reichsregierung, wie lange sie diesem Treiben noch untätig zusehen will, wir fragen, wie lange es noch geduldet werden soll, daß die Naziführung ihre Anhänger in einen wilden Blutrausch versetzt, der Deutschland in ein Meer von Blut und Tränen zu stürzen droht. In diesen Tagen und Wochen steht die Existenz des Reichs auf dem Spiel und die Verantwortung der Reichsregierung wächst von Stunde zu Stunde.

Für die Entfesselung der wilden und blutrünstigen Bürgerkriegshetze, die nur dank der kaltblütigen Besonnenheit der linksstehenden Bevölkerung noch nicht zur katastrophalen Explosion geführt hat, wird, wenn dem Treiben nicht schnellstens Einhalt geboten wird, [illegible] Reichsregierung die volle Verantwortung zufallen.

Bayern bleibt fest!

WTB. München, 25. Juni.

In der heute zur Entgegennahme einer Regierungserklärung einberufenen Vollsitzung des Bayerischen Landtages gab Ministerpräsident Dr. Held die Erklärung ab, daß das bayerische Gesamtministerium einstimmig beschlossen habe, es sei

nicht in der Lage, dem Ersuchen des Reichsministers, das allgemeine bayerische Uniformverbot aufzuheben, zu entsprechen,

und zwar aus rechtlichen und sachlichen Erwägungen. Rechtlich sei auf Grund der Polizeihoheit der Länder das Recht der Länder nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen unbestritten. Tatsächlich sei das Ersuchen des Reichsinnenministers auch nicht aus rechtlichen, sondern aus politischen Erwägungen begründet (Hört-hört-Rufe).

Der Ausschluß der Parteiuniformen in Bayern habe sich als Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bewährt. Die bayrische Regierung weise den Vorwurf weit von sich, daß sie mit politischen oder polizeilichen Verboten eine nationale Bewegung unterdrücken möchte. Der weitaus größte Teil der bayrischen Bevölkerung, der an seiner nationalen Gesinnung nicht deuteln lasse, wolle aber keine Austragung politischer Gegensätze auf der Straße. Die Verantwortung zu Entschlüssen, wie sie die Reichsregierung verlange, sei so schwer, daß sie die bayerische Staatsregierung denjenigen überlassen müsse, die auf der Durchführung solcher Beschlüsse bestehen wollen.

Zum Schluß der Regierungserklärung gab der Ministerpräsident bekannt, daß er

dem Reichspräsidenten heute die Stellungnahme Bayerns in einem besonderen Schreiben mitgeteilt habe,

in dem betont wird, daß die bayerische Staatsregierung auf dem Boden der Reichsverfassung sei und bleibe, wie sich auch die bayrische Bevölkerung von keinem andern Reichsteil in der Treue zum Reich übertreffen lasse.

Das Haus nahm dann in Abwesenheit der ausgeschlossenen Nationalsozialisten und der der Sitzung ferngebliebenen deutschnationalen Abgeordneten mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten eine von dem Abgeordneten Wohlmut (Bayer. Vp.) verlesene Entschließung an, die ausspricht, daß der Bayerische Landtag die Staatsregierung mit aller Entschiedenheit in dem Bestreben unterstützt, den inneren Frieden zu gewährleisten. Der Bayerische Landtag billigt es, daß die bayerische Staatsregierung an den von ihr erlassenen Verboten festhält, sich gegen Eingriffe des Reiches mit dem Ziel der Aufhebng dieses Verbots wendet und daß sie entschlossen ist, Terror und Gewalttaten mit allen Machtmitteln abzuwenden.

SA.-Marsch auf München?

Oeffentliche Warnung des Innenministers

SPD. München, 24. Juni.

Am Sonntag planen die Hitler-SA. wiederum Demonstrationen in allen größeren Städten Bayerns. Für ihren Aufzug in München wollen sie angeblich rund 30 000 Mann, einen Teil davon aus Norddeutschland, zusammenziehen. Gegen diese Absicht hat der bayrische Innenminister folgende öffentliche Warnung erlassen:

„Das Uniformverbot und das Aufzugsverbot bestehen zu Recht und sind auch am nächsten Sonntag unverändert in Geltung. Zuwiderhandlungen gegen diese Verbote sind strafbar.

Die Polizei wird allen Zuwiderhandlungen mit Nachdruck entgegentreten. Dies gilt für Demonstrationsversuche an allen Orten Bayerns.

Die friedliebende Bevölkerung kann versichert sein, daß die Polizei pflichtgemäß für die Beachtung der bestehenden Vorschriften sorgen wird. Es muß von ihr auch erwartet werden, daß sie sich nicht als Mitläufer oder müssige Zuschauer am Demonstrationsversuch beteiligt."

Schaeffer kündigt Selbstschutz an!

In einer Versammlung des Kreisverbandes München der Bayrischen Volkspartei erklärte Staatsrat Schaeffer unter stürmischem Beifall:

„Wir lassen uns von unserer Aufgabe und unserm Wege nicht verdrängen, und wenn man uns nicht mehr hört, dann werden wir dafür sorgen, daß man uns hört. Um Staat und Volk willen haben wir uns zusammengefunden und werden beieinander bleiben, allen Gewalten zum Trotz. Es kann sein, daß der Bayrische Staat wie in den Tagen der Einwohnerwehr

appellieren muß an seine jungen Söhne, um die Straße nicht einer Partei zu überlassen.

Wenn der Ruf kommt, dann wollen wir alle uns zusammenfinden für den Staat, für das Recht und für die Freiheit. Wir wollen zusammenstehen und in dieser Stunde geloben: Freie Männer wollen wir sein in einem freien Land, niemals Knechte! Freund jedes Gutgesinnten, Feind jeder Gewaltherrschaft."

Diesen Worten folgte ein stürmisches „Wir geloben" der Versammlung.

Täglich neue blutige Zusammenstöße

Nazi-Terror steigert sich

SPD. Berlin, 25. Juni.

Am Freitagnachmittag und am -abend kam es in Berlin in allen Teilen der Stadt wieder zu Zusammenstößen.

In Berlin-Halensee überfielen größere Trupps Nationalsozialisten eine kleine Reichsbannerabteilung, die auf dem Rückmarsch von einer Rathenau-Gedächtnisfeier war. In vielfacher Uebermacht fielen die Nazi-Rowdys über die Reichsbannerleute her, die sich tapfer verteidigten. Zwei Reichsbannerleute mußten, erheblich verletzt, die Hilfe einer Rettungswache in Anspruch nehmen. Ein größeres Aufgebot von Schutzpolizei trieb die Hitlerstrolche mit Gummiknüppeln auseinander.

An der Ecke Spree- und Wallstraße in Charlottenburg stießen Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen. Die bewaffneten Nazis schoßen auf ihre Gegner. Der Kommunist Willi Schulz aus der Wallstraße, der einen schweren Schulterschuß erhalten hatte, wurde in das Krankenhaus Westend überführt. Der Mordschütze wurde von der erbitterten Menge so zugerichtet, daß er ebenfalls ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Er ist — und das ist bezeichnend — in einem von dem Ort des Zusammenstoßes weit entfernt liegenden Stadtteil zu Hause.

In der Nacht zum Sonnabend kam es erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In drei Fällen wurde geschossen.

In Steglitz waren Nationalsozialisten die Angreifer. Sie gaben eine ganze Reihe von Schüssen auf Kommunisten ab. Verletzt wurde ein anscheinend unbeteiligter Straßenpassant, der mit einem Oberschenkelschuß ins Krankenhaus geschafft wurde. In Schöneberg sollen die Nationalsozialisten bei einem schweren Zusammenstoß ebenfalls die Angreifer gewesen sein. Durch die Schüsse, die hier fielen, wurde niemand verletzt, jedoch erlitt ein Reichsbannermann, der zufällig in die Schlägerei geriet, durch einen Schlag mit einem harten Gegenstand einen komplizierten Schädelbruch. In Steglitz wurde schließlich von Nationalsozialisten ein kommunistisches Verkehrslokal überfallen. Zwei Personen wurden durch Schüsse verletzt.

Insgesamt nahm die Polizei etwa 70 Zwangsgestellungen vor. In dem Besitz der Rechtsradikalen wurden zahlreiche Waffen gefunden.

Planmäßiger Nazi-Ueberfall auf Reichsbannerleute

SPD. Minden, 25. Juni.

Am Freitagabend kam es hier zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Mehrere Reichsbannerleute und ein SA.-Führer wurden schwer verletzt.

Die Reichsbannerleute befanden sich nach einem Handballspiel auf dem Heimweg. Sie stießen unterwegs auf Nationalsozialisten. Als sie die Nazis erblickten, kehrten sie um. An dem Ausgang des Weges wurden sie jedoch von einem nationalsozialistischen Ueberfallauto in Empfang genommen. Die Insassen des Autos fielen über die wenigen Reichsbannerleute her. Es fielen von nationalsozialistischer Seite mehrere Schüsse, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Daraufhin wurden die Reichsbannerleute mit Ziegelsteinen bearbeitet.

(Weitere Meldungen siehe 2. Seite.)

Die Loreley von Lausanne

Herriot, kundig der deutschen Literatur und des Volkslieds, hat am Freitag nach der Unterredung mit von Papen Heines Loreley variiert: Die Luft ist kühl, aber es dunkelt nicht. Andere Leute werden sich an den Einleitungsvers halten: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten . . .

Beide Regierungshäupter sind zum Wochenend heimgereist, beide wollen aus dem Mutterboden Kraft zu neuem Ringen holen. Am Montag soll die Auseinandersetzung kommen. Zweifellos suchen Herriot und Papen nach einer Kompromißformel; irgendeine Ueberleitung muß gefunden werden, soll nicht die Konferenz fruchtlos enden. Ihr Beginn war gut, die Sistierung jeder Reparationsleistung während der Konferenzdauer, und zwar durch ausdrücklichen Beschluß, ließ alle Möglichkeiten offen. Auch jene der Konferenzvertagung; man würde sich erneut begegnen und in glücklicherer Stunde reinen Tisch machen. Auch Hoovers großes Spiel mit der Forderung: Abrüstung um ein Drittel der Wehrkräfte, unter gleichzeitiger Festlegung, das Ziel sei Senkung auf den Stand der deutschen Wehrverhältnisse, verdarb nichts. Nötig war nur, daß die europäischen Mächte sich einigten zum Angebot: Verwirklichung der Forderung Hoovers unter gleichzeitiger Streichung der Kriegsschulden!

Hoover braucht für die Präsidentschaftswahl einen Abrüstungserfolg. Deutlicher als geschehen, kann er nicht sagen, um was es ihm zu tun ist; jedenfalls konnte Europa „alles in einem" haben. Brüning hatte sich, wiederholt haben wir es bedauert, auf die bedingungslose Reparationsstreichung zu sehr festgelegt; sein: Wir können nicht! klang immer deutlicher: Wir wollen nicht. Aber die gebotene Chance hätte er ausgenutzt. Papen hat anscheinend nicht versucht, auf Herriot (und die Engländer) im Sinne Hoovers einzuwirken. Und Herriot kann nicht, kann wirklich nicht vor seine Kammer treten ohne irgendwelchen Rückhalt. Er sondiert nun in Paris, wie weit er gehen darf. Papen probiert in Berlin aus, wieviel Spielraum ihm die nationalsozialistische Leine läßt. Eigentlich müßten die Nazi jetzt wissen, daß ihre Rechnung in die Brüche geht, das Hamburger Tageblatt schrie ja schon am Freitag in einer Querleiste: „England überläßt Deutschland den Franzosen." Also kommt es so, wie wir es voraussagten. Macdonald kann den Strich nicht machen, weil Macdonald nicht England ist! Nun haben zwar eilfertige Reporter am Freitagabend verkündet, England und Amerika hätten sich geeint, falls Lausanne versage, würden sie auf eigene Faust Schuldenstreichung und Abrüstung durchsetzen. Aber über Nacht kam aus Washington bereits das Dementi. Etwas mag an der Ente dennoch wahr sein, nur wird das Vieh sich nicht fangen lassen.

Traurig, daß wieder einmal verstiegener Nationalismus der endgültigen Befriedung der Welt im Wege steht. Nach der Rheinlandräumung hat der Stahlhelmaufmarsch am Rhein die deutsch-französische Verständigung zerschlagen; jetzt verdirbt die Hitlerei die Gunst der Lage. Wie Papen am Leitseil Hitlers liegt, so ist nämlich auch Herriot gefesselt, weil Frankreich fürchtet, ein aus dem Vertrag entlassenes Deutschland des Nazigeistes werde den Frieden nicht halten. Das gegenseitige Mißtrauen macht unmöglich, daß Europa sich findet, Europa kann den ihm von Hoover zugeworfenen Rettungsring nicht fassen.

Frankreich steuert in Lausanne zu einem Abkommen, das Deutschland eine lange Erholungspause einräumt, es aber dann zu einer Abgeltung verpflichten will; den Nachweis seiner Leistungsfähigkeit will man finden in Einnahmeüberschüssen seines Außenhandels. Belgien macht weitergehende Vorschläge, die wir unten wiedergeben. Selbstverständlich klingt deutschen Ohren das alles widerwärtig. Und es ist wahr, daß die Weltwirrnis um so rascher geordnet wird, je radikaler der Schwamm über Reparationen und Schulden wischt. Wahr bleibt jedoch auch, daß ohne Abrüstung ein gefährliches Element neuen Mißtrauens und neuer Störung bestehen bleibt.

Der Fischer ließ von der Loreley und ihrem Sang sich betören, er zerschellte mit seinem Kahn. Die Loreley unserer Zeit ist der Nationalismus, als tüchtiger Lotse aber bewährte sich der internationale Sozialismus. Würden die Völker sich ihm anvertraut haben, so wäre das Schuldbuch längst

Strasser kneift immer noch

Warum scheut er sich vor der Einberufung des Ueberwachungsausschusses?

In ihrer Presse lügen die Nazibonzen ihren Anhängern vor, daß sie gegen die Hunger-Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen seien. Aber sie tun nicht nur nichts, damit diese Hunger-Verordnung von den zuständigen Stellen in das richtige Licht gestellt wird und sie der Papen-Regierung in erforderlicher Weise die notwendige Meinung über ihr Hungerdiktat sagen, sondern sie sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, daß dieser Regierung auch nur ein Haar gekrümmt wird.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags ist nach der Auflösung des Reichsparlaments die Instanz, vor der die Papen-Regierung Rechenschaft zu geben hat. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Nazi-Abgeordnete und oberste Bonze im Münchner Braunen Haus, Herr Gregor Strasser. Er ist in den letzten Wochen von der Sozialdemokratie, dem Zentrum, den Kommunisten und der Staatspartei um die Einberufung des Ausschusses nicht nur einmal, sondern wiederholt ersucht worden.

Auf alle Ersuchen hat Strasser bisher eine Antwort nicht erteilt; ebensowenig hat er den Ausschuß bis jetzt einberufen. Strasser und Konsorten werden wissen warum. Sie fürchten, daß im Ueberwachungsausschuß nicht nur der Papen-Regierung, sondern auch ihren Hintermännern die Maske vom Gesicht gerissen wird

und vor aller Welt festgestellt wird, daß diese Papen-Regierung mit ihren Hungerdiktaten ohne die Nazi-Partei gar nicht möglich wäre, und sie für den Hungerkurs der Barone die gleiche Verantwortung trägt wie das Barons-Kabinett selbst.

Aber die Strasser und Konsorten mögen sich gegen die Einberufung des Ueberwachungsausschusses noch so sehr sträuben. Einberufen wird er doch, und wenn nicht von Herrn Strasser, dann von anderer Seite. Reichstagspräsident Löbe hat dazu inzwischen die erforderlichen Schritte getan. Er hat zunächst den schweigsamen Herrn Strasser gebeten, nun endlich mitzuteilen, ob und wann er den Ausschuß einzuberufen gedenkt. Kneift Strasser auch jetzt wieder oder gibt er eine negative Antwort, so wird Löbe, da es einen stellvertretenden Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses nicht gibt, das älteste Mitglied des Ausschusses bitten, den Ausschuß einzuberufen.

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Bayern lehnt Aufhebung des Uniformverbots ab!
Die Loreley von Lausanne.
Entlarvte Betrüger im Preußischen Landtag.
Offiziersputsch in Siam.
Industrieherren und Regierung Papen.
Tagesbericht:
Vorschau auf die Bürgerschaft.
Die neuen Sätze der Arbeitslosenversicherung.
Das neue Pressehaus der Cuxhavener Arbeiterschaft.
Feuilleton:
Der Roggen blüht.
Aus aller Welt.
Arbeitersportrundschau:
Der Alsterlauf der Arbeitersportler.
Elternhaus und Schule:
Was hat die Schule von dem neuen Kurs im Reiche zu erwarten.
Film und Funk.
Frauenbeilage.